

Umweltanalyse

zum Bebauungsplan „Weiherwies“ im Ortsteil Tafertsweiler

April 2022

|

Auftraggeber:	Gemeinde Ostrach Bürgermeister Christoph Schulz Hauptstraße 19 88356 Ostrach
Auftragnehmer:	365° freiraum + umwelt Klosterstraße 1 88662 Überlingen www.365grad.com
Projektleitung:	Dipl.- Ing. (FH) Bernadette Siemensmeyer Freie Landschaftsarchitektin bdla, SRL Tel. 07551 949558 4 b.siemensmeyer@365grad.com
Projektbearbeitung:	MSc. Paul Rieger Tel. 07551 949 558 10 p.rieger@365grad.com
Projekt-Nr:	2665_bs



Inhaltsverzeichnis

1.	Vorhabenbeschreibung.....	3
2.	Schutz- und Vorranggebiete.....	6
3.	Übergeordnete Planungen.....	9
3.1	Baubedingte Wirkungen.....	11
3.2	Anlagebedingte Wirkungen.....	11
3.3	Betriebsbedingte Wirkungen.....	11
4.	Bestand Biotoptypen.....	12
5.	Bestandsbeschreibung, Bewertung und Konfliktanalyse.....	13
6.	Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen.....	16
6.1	Vermeidungsmaßnahmen.....	16
6.2	Minimierungsmaßnahmen.....	17
7.	Artenschutzrechtliche Einschätzung nach § 44 BNatSchG.....	22
8.	Zusammenfassung.....	25
	Literatur und Quellen.....	26
	Anhang I Fotodokumentation (27.01.2022, Fotos 365°).....	27
	Anhang II Pflanzliste	29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Auszug aus dem Bebauungsplan „Weiherwies“	5
Abbildung 2: Schutzgebiete und geschützte Biotope im Umfeld des Plangebietes	7
Abbildung 3: Fachplan Landesweiter Biotopverbund inkl. Generalwildwegeplan.....	8
Abbildung 4: Auszug aus dem Satzungsbeschluss (2021) zum Regionalplan Bodensee-Oberschwaben.	9
Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan.....	10
Abbildung 6: Bestand im Plangebiet.....	12

1. Vorhabenbeschreibung

Das Plangebiet mit einer Flächengröße von ca. 0,88 ha liegt am nordwestlichen Ortsrand des Ostracher Teilorts Tafertsweiler (Landkreis Sigmaringen). Eingeschlossen sind das Flurstück 185 sowie Teile des Flurstücks 182/1 der Gemarkung Tafertsweiler.

Im Osten und Süden grenzen bestehende Wohnbebauungen an den Geltungsbereich an. Nördlich und westlich befinden sich ausgedehnte Grünland- und Ackerflächen. Östlich befindet sich das Wohngebiet B-Plan „Gentesbühl“. Südlich grenzt ein Landwirtschaftshof (Mischgebiet) an. Die Erschließungsstraße für das bereits vorhandene Wohngebiet verläuft am südlichen Rand. Das Plangebiet weist eine Nutzung als Grünland auf.

Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB (Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren) durchgeführt, da ein Wohngebiet mit weniger als 10.000 m² überbaubarer Grundfläche i. S. des § 19 Abs. 2 BauNVO ausgewiesen werden soll, das sich an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließt. Für das geplante Wohngebiet besteht keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Zudem gibt es keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter oder Hinweise auf Risiken für schwere Unfälle nach Bundes-Immissionsschutzgesetz. Daher kann auf einen formellen Umweltbericht und die Abarbeitung der Eingriffsregelung verzichtet werden. Die abwägungsrelevanten Umweltbelange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB werden nachfolgend in einer Umweltanalyse mit integrierter artenschutzrechtlicher Einschätzung dargestellt und die Auswirkungen bewertet. Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung der entstehenden Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaft werden aufgezeigt.

Kurzdarstellung der Inhalte und Ziele des Bebauungsplanes

Der Bebauungsplan hat zum Ziel im Ortsteil Tafertsweiler der Gemeinde Ostrach die baurechtliche Grundlage für zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. An die bereits bestehenden Wohnnutzungen im Nordwesten (Bereich Ortsstraße/Neubaugebiet „Am Gentesbühl“) sollen weitere Wohnbauplätze entwickelt werden. Der Bebauungsplan zielt dabei vor allem auf die Bereitstellung von Wohnbedürfnissen für junge Familien/Menschen vor Ort im Zusammenhang bereits bebauter Ortsteile ab („Ökonomische Erschließung“)

Durch die Umnutzung weiterer aktuell landwirtschaftlich genutzter Flächen kann die Bereitstellung zusätzlichen Wohnbaulandes in direktem Bebauungszusammenhang zum Ortsteil Tafertsweiler ermöglicht werden. Die Erschließung des Gebietes kann von der Ortsstraße von Süden erfolgen.

Der Bebauungsplan ermöglicht den Bau von bis zu zweigeschossigen Einzel- und Doppelhäusern in offener Bauweise mit maximal 3 Wohneinheiten. Die maximal zulässige Höhe der Hauptgebäude beträgt 9m. Die Höhe der Nebenanlagen, Carports und Garagen sind, gemessen über dem angrenzenden Gelände nach Herstellung der Baumaßnahme auf eine Höhe von maximal 4,50 m begrenzt. Eine flächige Eindeckung der Gebäudedächer aus unbeschichtetem Metall (Kupfer, Zink, Titanzink, Blei) ist nicht zulässig. Hiervon ausgenommen sind untergeordnete Bauteile wie Dachrinnen, Verwahrungen o.Ä.

In der Begründung zum Bebauungsplan umfasst das Plangebiet eine Gesamtfläche von 0,88 ha. Entsprechend § 17 (1) BauNVO wird für das allgemeine Wohngebiet auf einer Fläche von 0,78 ha eine maximal zulässige GRZ von 0,4 definiert. Hinzu kommt die Vollversiegelung durch die geplante Straße von 0,1 ha.

Anfallendes Niederschlagswasser soll über Regenwasser-Leitungen in den Vorfluter (Weiherbach/Färbebach) abgeleitet werden. Ergänzend dazu ist die Retention über Regenwasser-Zisternen ange-dacht.

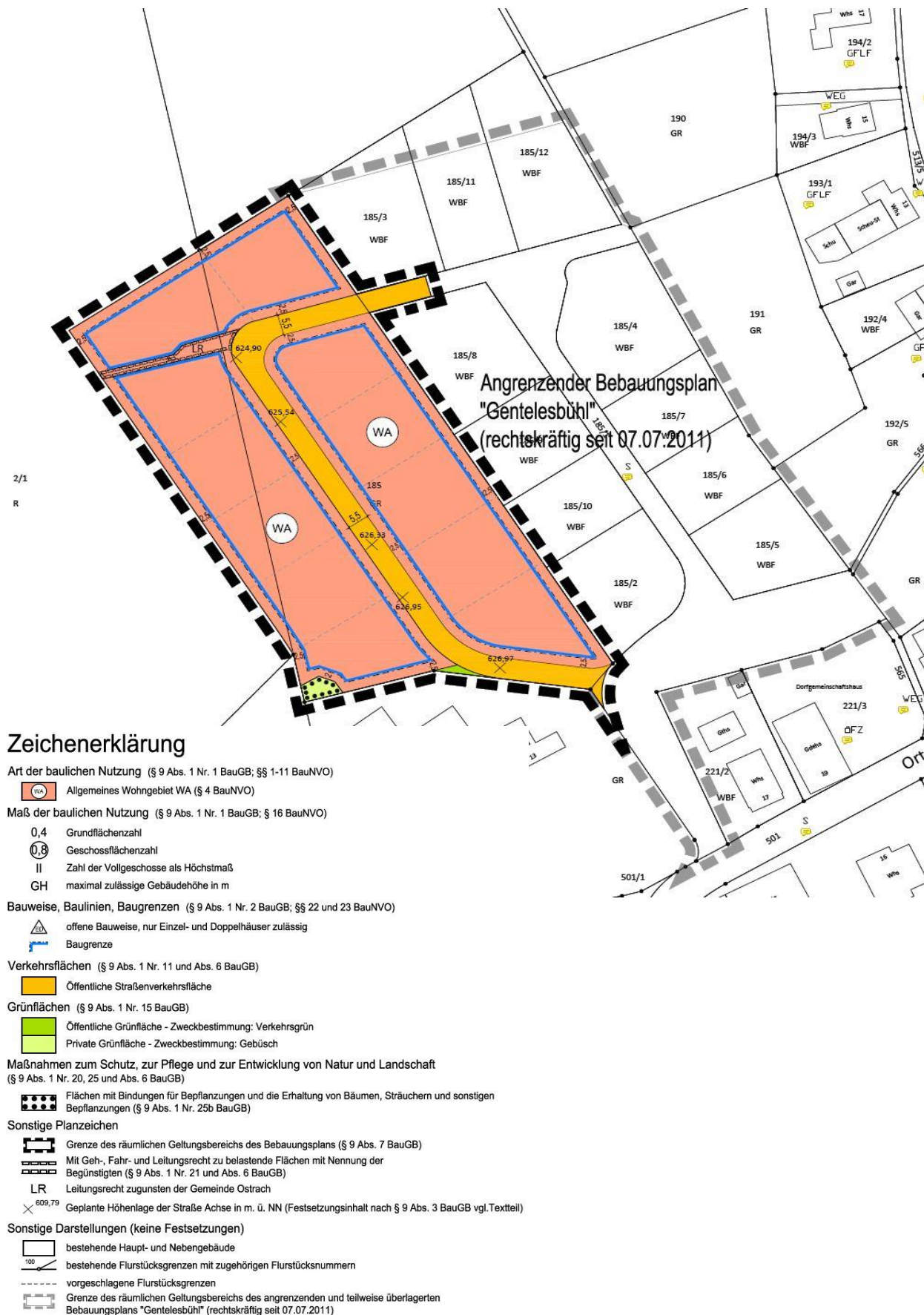


Abbildung 1: Auszug aus dem Bebauungsplan „Weiherwies“ (fsp Stadtplanung, Stand 10.02.2022)

2. Schutz- und Vorranggebiete

Tabelle 1: Betroffenheit von Schutz- und Vorranggebieten durch das Vorhaben.

Betroffenheit Schutzgebiete	nein	ja	Schutzgebiet Nr. / Anmerkungen
FFH-Gebiete	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Vogelschutzgebiete	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Naturschutzgebiete	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Landschaftsschutzgebiete	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG / § 33 NatSchG)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	„Straßenhecken in Tafertsweiler“ (Nr.180224371677): ca. 320m südlich entfernt und „Feldhecke I n/w Tafertsweiler, Gewinn 'Bogenäcker'“ (Nr. 180224370888): ca. 230m nördlich
Streuobstbestände (§ 30 BNatSchG / § 33a NatSchG)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Naturdenkmäler	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
FFH-Mähwiesen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Naturpark	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Wasserschutzgebiete	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Zone IIIB „BIRKHÖFE“ (Nr. 437.066)
Waldschutzgebiete	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Kommunale Baumschutzsatzung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Überschwemmungsflächen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Fachplan Landesweiter Biotopverbund	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Biotopverbund mittlerer Standorte: ca. 250m östlich
Generalwildwegeplan	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Wildtierkorridor von nationaler Bedeutung: ca. 270m westlich

Natura 2000 Gebiete

Die nächstgelegenen Natura-2000-Gebiete liegen > 3,0 km entfernt und werden aufgrund der Entfernung sowie der Art (Wohngebiet) und geringen Größe nicht über den Wasser-, Boden- oder Luftpfad beeinträchtigt.

Betroffene Schutzgebiete

Das Plangebiet liegt innerhalb des Wasserschutzgebietes „BIRKHÖFE“, Zone IIIB (Nr. 437.066). Bei Umsetzung des Vorhabens ist nur mit einer geringen Verringerung der Grundwasserneubildung zu rechnen. Bei Beachtung der Wasserschutzgebietsverordnung und aufgrund der Art und geringen Größe des Vorhabens (Wohngebiet) ist nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgebietes auszugehen.

Etwa 320m südlich befindet sich das geschützte Biotop „Straßenhecken in Tafertsweiler“ (Nr.180224371677) und 230m nördlich das Biotop „Feldhecke I n/w Tafertsweiler, Gewinn 'Bogenäcker'“ (Nr. 180224370888). Eine Beeinträchtigung durch das Vorhaben entsteht aufgrund der Entfernung und Art des Vorhabens nicht.

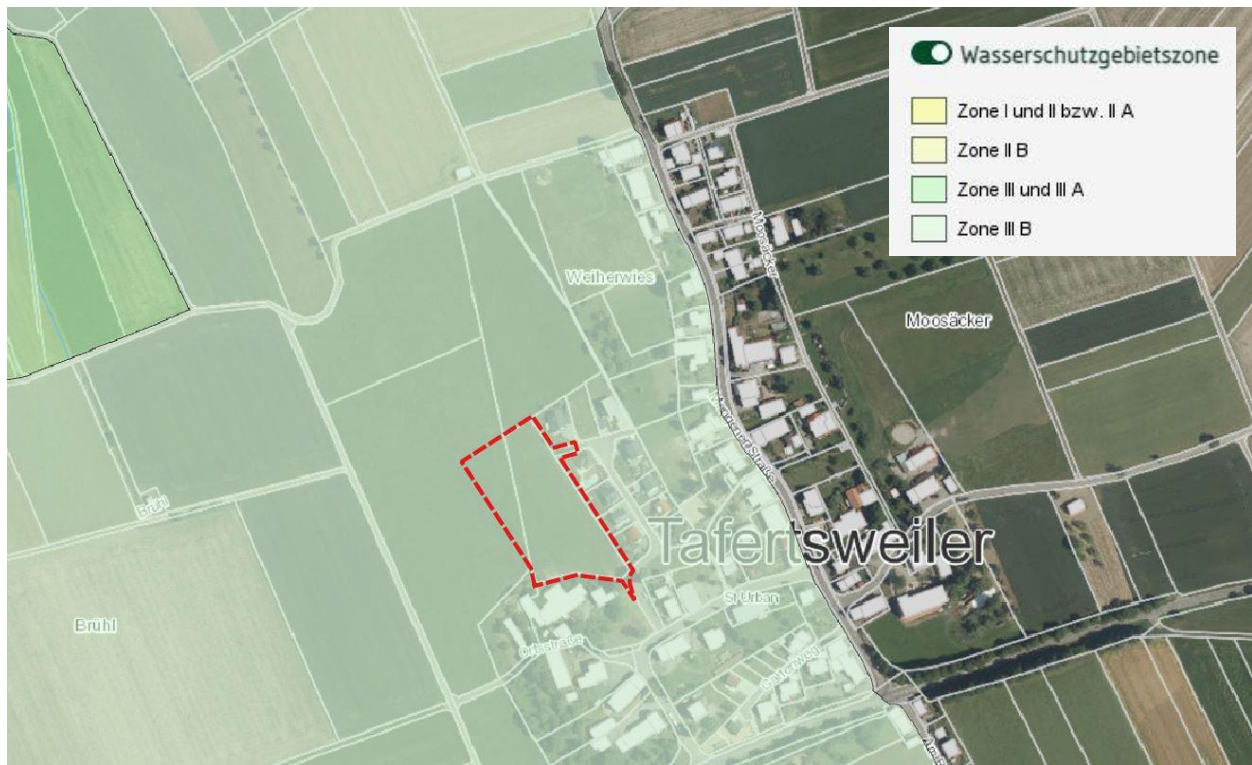


Abbildung 2: Schutzgebiete und geschützte Biotope im Umfeld des Plangebietes (rote Umrandung); Quelle: LUBW Daten- und Kartendienst online, abgerufen am 17.02.2022, unmaßstäblich.

Fachplan Landesweiter Biotopverbund

Östlich des Bebauungsplans befindet sich ein Kernraum des Biotopverbunds mittlerer Standorte. Ca. 270 m westlich liegt ein Wildtierkorridor von nationaler Bedeutung. Mit einer Beeinträchtigung durch das Vorhaben ist aufgrund der Entfernung nicht zu rechnen.

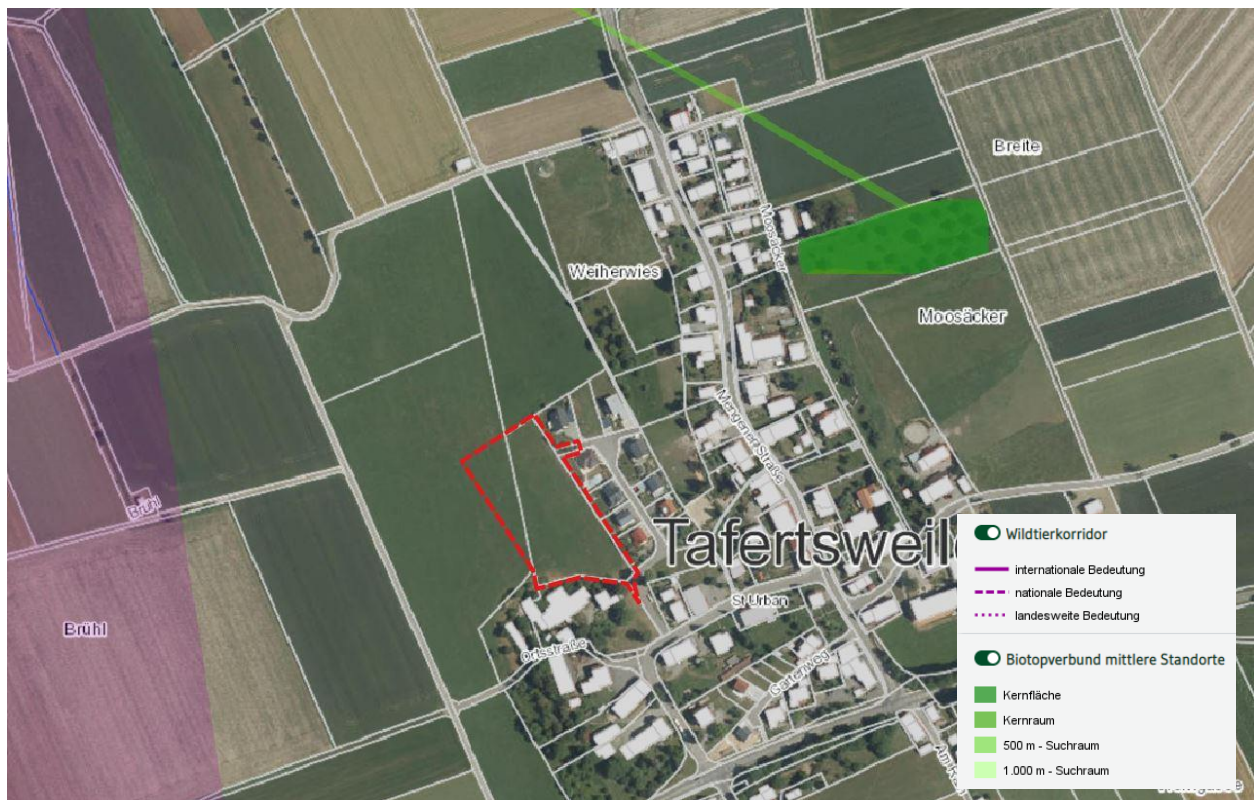


Abbildung 3: Fachplan Landesweiter Biotopverbund inkl. Generalwildwegeplan ; rote Umrandung: Plangebiet; Quelle: LUBW Daten- und Kartendienst online, abgerufen am 31.01.2022, unmaßstäblich

3. Übergeordnete Planungen

Landesentwicklungsplan (LEP, 2002)

Im LEP werden keine Aussagen zum Plangebiet oder der Umgebung getroffen. Das Gebiet weist keine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten auf.

Regionalplan Bodensee-Oberschwaben

Das Plangebiet befindet sich in einem schutzbedürftigen Bereich für die Wasserwirtschaft (Wasserschutzbereich). Im Satzungsbeschluss (2021) des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben befinden sich das Plangebiet und seine nähere Umgebung in keinem Vorranggebiet und in keiner Sonderfläche. Dementsprechend sind die raumordnerischen Ziele des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben in der aktuell gültigen Fassung nicht betroffen. Südlich des Vorhabens verkehrt eine Straße für überregionalen Verkehr, die durch Tafertsweiler weiter Richtung Norden als Straße für regionalen Verkehr hinausführt. Ausgewiesene Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (in rot) sowie ein Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen (grün) liegen nord-westlich vom Plangebiet.



Abbildung 4: Auszug aus dem Satzungsbeschluss (2021) zum Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (links), Plangebiet ist schwarz umrandet unaußtätlich.

Flächennutzungsplan (FNP)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans „Weiherwies“ ist im FNP der Gemeinde Ostrach (2013) als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Das Wohngebiet ist somit nicht aus dem FNP entwickelt. Bei Aufstellung eines Bebauungsplanes nach § 13b BauGB ist der FNP im Rahmen einer Berichtigung anzupassen. Die östlich angrenzende Fläche ist als Wohnbaufläche ausgewiesen. Südlich im Siedlungsgebiet befinden sich

Mischbauflächen. Richtung Norden und Osten ist das Gebiet von weiteren landwirtschaftlichen Flächen umgeben.



Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan (2013) der Gemeinde Ostrach (rote Umrandung: Plangebiet)

Vorhandener Bebauungsplan

Im Geltungsbereich sind keine Bebauungspläne oder Satzungen vorhanden. Somit liegt das Plangebiet als im Außenbereich nach § 35 BauGB befindlich. Zur Umsetzung der städtebaulichen Zielsetzung ist daher die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich.

Beschreibung der Wirkfaktoren

Die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen führen zu umweltrelevanten Wirkungen, die sich sachlich und zeitlich unterteilen. Diese werden nachfolgend dargestellt und beschrieben.

3.1 Baubedingte Wirkungen

Mögliche baubedingte Wirkfaktoren ergeben sich aus der Bautätigkeit bei der Herstellung der baulichen Anlagen und der Erschließung. Das Ausmaß der Umweltwirkungen hängt von den eingesetzten Bauteilen, Bauverfahren sowie vom Zeitpunkt der Bautätigkeit ab und kann zu Beeinträchtigungen führen, die zeitlich und räumlich über die Bauphase und das Plangebiet hinausreichen.

Die baubedingten Wirkfaktoren lassen sich teilweise minimieren durch:

- einen umweltfreundlichen Baubetrieb (z.B. zum Schutz des Oberbodens, Bauzeitenanpassungen)
- einen sach- und fachgerechten Umgang mit Abfall und Gefahrenstoffen
- eine regelmäßige Wartung der Baumaschinen zur Vermeidung von Unfällen und einer damit einhergehenden Gefährdung der Umwelt.

3.2 Anlagebedingte Wirkungen

Die wesentlichen anlagebedingten Wirkungen entstehen durch eine Flächeninanspruchnahme von 0,88 ha. Die Neuversiegelung des Bodens beträgt insgesamt 0,57 ha (0,88 ha; davon 0,1 ha Straße (voll versiegelt) und 0,78 ha Wohngebiet mit einer Versiegelung von 60 % (GRZ 0,4 + 50 % Nebenanlagen)= 0,47 ha Versiegelung; zusammen = 0,57 ha max. Versiegelung).

Eine Errichtung von Wohngebäuden ist mit einer Höhe von maximal 9 m zulässig. In vollversiegelten Bereichen gehen sämtliche Bodenfunktionen dauerhaft verloren, in teilversiegelten Bereichen werden die Bodenfunktionen stark eingeschränkt. Die Versiegelung führt zu einer verringerten Grundwasserneubildungsrate. Die Versiegelung und Bebauung der Flächen verändern die Landschaft und stellen einen Verlust bzw. eine Beeinträchtigung von Lebensräumen für Fauna und Flora dar.

3.3 Betriebsbedingte Wirkungen

Die zusätzlichen betriebsbedingten Wirkungen ergeben sich im Wesentlichen aus den Betriebsprozessen des Wohnens sowie dem An- und Abfahrverkehr. Diese sind verbunden mit Licht-, Schall- und Schadstoffemissionen, welche sich auf Menschen, Tiere und Naturhaushalt auswirken. Aufgrund der geringen Größe des Wohngebietes ist mit geringen betriebsbedingten Wirkungen zu rechnen.

4. Bestand Biotoptypen

Das Plangebiet ist in seinem Bestand als artenarme Fettwiese mittlerer Standorte (33.41) anzusprechen. Diese wird nach Osten hin von einem Wohngebiet begrenzt. Die im Plangebiet befindliche artenarme Fettwiese erstreckt sich über den Geltungsbereich nach Norden und Osten hinaus, während nach Süden hin ebenfalls eine Siedlungsfläche (Landwirtschaftlicher Hof) angrenzt. Im Grenzbereich zum Hof erstreckt sich ein selten gemähter Saum, welcher vereinzelte Sträucher bzw. Gebüsche (42.10) aufweist.



Abbildung 6: Bestand im Plangebiet, Grundlage Luftbild: LUBW Daten- und Kartendienst, abgerufen am 03.02.2022.

5. Bestandsbeschreibung, Bewertung und Konfliktanalyse

Tabelle 2: Bestandsbeschreibung, Bewertung und Konfliktanalyse

Schutzgut	Bestand und Bewertung	Konfliktanalyse
Fläche	Der Bebauungsplan nimmt unversiegelte Flächen in Ortsrandlage im Umfang von ca. 0,88 ha in Anspruch.	Die GRZ mit 0,4 ermöglicht eine hohe Auslastung der Wohnbaufläche. Gleichzeitig wird der Flächenverbrauch durch Versiegelung der Ortsrandlage entsprechend minimiert. Aufgrund der geringen Gesamtgröße von unter 1 ha wird das Schutzgut Fläche nicht erheblich beeinträchtigt. Eine zusätzliche Flächenzerschneidung erfolgt nicht. Die Bebauung fügt sich an zwei Seiten an die bestehende Bebauung an und rundet so den Siedlungskörper ab.
Boden	Es liegen folgende Klassenzeichen vor: sL5D und L2b2 Die Böden bestehen aus sandigem Lehm bzw. aus schluffigem Oberboden über Geschiebelehm und schluffigem Sand. Sie haben eine mittlere bis hohe Bedeutung als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, weisen eine mittlere natürliche Bodenfruchtbarkeit sowie eine hohe Bedeutung als Filter- und Puffer für Schadstoffe auf. Das Plangebiet liegt außerhalb von Moorflächen. Altlasten sind nicht bekannt und auch nicht zu erwarten.	Verlust von Böden mit mittlerer bis hoher Bedeutung im Umfang von rd. 0,57 ha durch Neuversiegelung und zusätzliche Beeinträchtigungen durch Modellierungen der Grundstücke.. <u>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</u> M 1 Schutz des Oberbodens M 2 Verwendung offenerporiger Beläge M 5 Begrünung von Flachdächern M 8 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen Die geplante Bebauung stellt trotz Umsetzung der Minimierungsmaßnahmen eine erhebliche Beeinträchtigung für das Schutzgut Boden dar.
Wasser	<u>Oberflächengewässer:</u> Vorhabenbedingt sind keine Oberflächengewässer betroffen. Das Plangebiet befindet sich außerhalb von HQ100-Überschwemmungsgebieten. <u>Grundwasser:</u> Das Gebiet liegt in der hydrogeologischen Einheit „Obere Meeresmolasse“ (Grundwasserleiter/Grundwassergeringleiter). Die Böden haben eine geringe Wasserdurchlässigkeit, die Grundwasserneubildungsrate ist daher niedrig einzustufen. Als Grundwasserleiter und wasserführend werden im Plangebiet schwach schluffige Sande genannt Lage im Wasserschutzgebiet, Zone IIIB. <u>Starkregen:</u> Es sind keine Starkregenereignisse aus der Vergangenheit bekannt. Die ebene Topographie lässt auch keine Beeinträchtigungen durch Starkregen-Ereignisse erwarten.	Verringerung der Grundwasserneubildung durch Versiegelungen/ Überbauung von 0,57 ha und gleichzeitiger Ableitung der Niederschlagswässer in den Vorfluter. Erhöhte Schadstoffeinträge in Grund- oder Oberflächenwasser sind bei Wohngebieten nicht zu erwarten. <u>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</u> M 2 Verwendung offenerporiger Beläge M 3 Verzicht auf Eindeckung der Dächer aus unbeschichtetem Metall M 5 Begrünung von Flachdächern M 6 Versickerung von unbelasteten Niederschlagswässern M 8 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen
Klima / Luft	Die Hauptwindrichtung erfolgt vorwiegend aus Südwest gefolgt von Nordost bei einer mittleren Windgeschwindigkeit von 2,7 m/s. Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt bei ca. 6,7°Grad mit deutlich steigender Tendenz in den letzten Dekaden. Der Jahresniederschlag beläuft sich auf etwa 857 mm (Deutscher Wetterdienst, Klimadaten,	Durch die Versiegelung entsteht eine geringfügige Beeinträchtigung des Lokalklimas, die durch die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern sowie die Begrünung von Flachdächern gemindert werden kann. <u>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</u>

Schutzgut	Bestand und Bewertung	Konfliktanalyse
	<p>Wetterstation Pfullendorf, 1961 – 1990, Monitoringbericht Klimaanpassung BW 2020)</p> <p>Die unversiegelte Wiesenfläche dient als Kaltluftentstehungsgebiet mit siedlungsabgewandtem Abfluss. Es besteht keine Siedlungsrelevanz.</p> <p>Vorhandene bzw. anliegende Gehölze fungieren als Sauerstoffproduzenten und wirken sich durch Transpiration positiv auf das Mikroklima aus.</p>	<p>M 4 Pflanzung von Bäumen</p> <p>M 5 Begrünung von Flachdächern</p> <p>M 8 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen</p>
Tiere	<p>Im Plangebiet wurde im Januar 2022 eine Begehung der Fläche mit faunistische Relevanzkartierung durchgeführt. Potentiell wertgebende Strukturen für Vögel sind im Plangebiet, mit Ausnahme der am südlichen Rand gelegenen Sträucher keine vorhanden. Diese bleiben weitestgehend erhalten.</p> <p>Potentielle Quartiere für Fledermäuse sind im Geltungsbereich aufgrund fehlender Gehölze mit Habitateignung keine vorhanden.</p> <p>Insgesamt ist aufgrund der bestehenden Nutzung als artenarme Wirtschaftswiese mit einer geringen Bedeutung als Nahrungshabitat siedlungstypischen Tierarten zu rechnen.</p> <p>Details s. Artenschutzrechtliche Einschätzung (Kap.9).</p>	<p>Verlust der kleinräumigen Strukturen am südlichen Rand des Geltungsbereichs führt zu einer potentiellen Beeinträchtigung mit geringer Erheblichkeit.</p> <p>Geringe Verluste in randlicher Lage an Bruthabitate und Lebensräumen für störungsunempfindliche Arten können mittelfristig in den Hausgärten bzw. in angrenzenden Gehölzen wieder entstehen.</p> <p><u>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</u></p> <p>V 1 Rodung außerhalb der Vogelbrutzeit</p> <p>M 4 Pflanzung von Bäumen</p> <p>M 5 Begrünung von Flachdächern</p> <p>M 7 Reduktion von Lichtemissionen</p> <p>M 8 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen</p> <p>M 9 Bauliche Vermeidung von Transparenzsituationen und großflächig spiegelnden Glasscheiben</p> <p>M 10 Kleintierfreundliche Einzäunungen</p> <p>M 11 Anbringen von Nisthilfen</p>
Pflanzen/ Biotope/ Biologische Vielfalt/ Biotopverbund	<p>Der Bestand wurde bei einer Begehung am 17.08.2017 und am 27.01.2022 erfasst.</p> <p>Das Plangebiet unterliegt einer einheitlichen Nutzung als artenarme Fettwiese mit Löwenzahndominanz (Details s. Bestandsplan Kap. 5).</p> <p>Insgesamt weist das Plangebiet eine mittlere naturschutzfachliche Wertigkeit auf, die vor allem auf ihren unzerschnittenen und unversiegelten Charakter gründet.</p> <p>Der im Luftbild noch vorhandene Baum ist mittlerweile nicht mehr existent.</p>	<p>Die Überplanung der unversiegelten intensiv genutzten Grünlandfläche im Umfang von 0,8 ha stellt eine mittlere -geringe Beeinträchtigung dar. Der Verlust von wenigen Gebüsch und artenarmen Wiesenflächen führt aufgrund des Umfangs von 0,88 ha zu einer erheblichen Beeinträchtigung.</p> <p><u>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</u></p> <p>M 4 Pflanzung von Bäumen</p> <p>M 5 Begrünung von Flachdächern</p> <p>M 8 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen</p>
Land-schaftsbild/ Erholung	<p>Durch die Lage am Ortsrand in relativ ebener Topographie und strukturarmer, aber landschaftstypischer Ausprägung weist das Plangebiet für das Landschaftsbild eine mittlere Bedeutung auf.</p> <p>Durch die weitläufige, gehölzarme Umgebung bestehen aus Westen und Norden weitreichende Blickbeziehungen zum Plangebiet.</p> <p>Die umliegenden Acker- und Grünlandflächen sind bis zu den Waldgebieten „Völlkofer Halden“</p>	<p>Durch die Anlage von bis zu 9 m hohen Wohngebäuden entsteht eine mittlere Beeinträchtigung für das Landschaftsbild Richtung Norden und Westen.</p> <p>Die vorhandenen Wegeverbindungen bleiben bestehen und können auch weiterhin genutzt werden.</p> <p><u>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</u></p> <p>M 4 Pflanzung von Bäumen</p>

Schutzgut	Bestand und Bewertung	Konfliktanalyse
	<p>und „Sumpfstock“ einsehbar.</p> <p>Nach Osten und Süden wird die Vorhabenfläche durch den Siedlungskörper von Tafertsweiler begrenzt und eingegliedert.</p>	<p>M 5 Begrünung von Flachdächern</p> <p>M 8 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen</p>
Mensch	<p>Die Vorbelastungen der Fläche durch den örtlichen Verkehr sind unerheblich, die Zufahrtsstraße, welche in die Ortsstraße mündet, erzeugt eine geringe bzw. nicht erhebliche Beeinträchtigung.</p> <p>Von größerer Relevanz ist die Ortsstraße/L 280 in ca. 170 m Entfernung, welche auf der Vorhabenfläche akustisch deutlich vernehmbar ist. Laut Bundesweiter Straßenverkehrszählung von 2015 wird der durchschnittliche Verkehr mit 4.773 Kfz/Tag angegeben.</p> <p>Der südlich gelegene Landwirtschaftshof ist seit einigen Jahren bereits außer Betrieb. Die landwirtschaftlichen Flächen sind verpachtet. Eine Tierhaltung findet nicht mehr statt.</p>	<p>Durch die geringe Größe des Baugebietes ist nicht mit erheblichen zusätzlichen Verkehrsaufkommen auf der Zufahrtsstraße zu rechnen.</p> <p>Aufgrund der Art der baulichen Nutzung als Wohngebiet sind keine negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden der örtlichen Bevölkerung zu erwarten.</p> <p>Von der landwirtschaftlichen Hofstelle sind keine relevanten Geruchs- und Lärmemissionen zu erwarten.</p> <p><u>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</u></p> <p>M 4 Pflanzung von Bäumen</p> <p>M 5 Begrünung von Flachdächern</p>
Kultur- und sonstige Sachgüter	<p>Kulturgüter sind nicht direkt betroffen. Etwa 100 m südöstlich befindet sich die Kapelle St. Urban.</p> <p>Als landwirtschaftliches Sachgut sind die Wiesen zu bezeichnen.</p>	<p>Mit Umsetzung des Bebauungsplans gehen 0,88 ha landwirtschaftliche Flächen dauerhaft für die Landwirtschaft verloren.</p>

6. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

6.1 Vermeidungsmaßnahmen

V 1 Rodung von Gehölzen außerhalb der Vogelbrutzeit

Maßnahme:

Die Rodung von Gehölzen (Bäume und Sträucher) ist außerhalb der Vogelbrutzeit, also vom 01. Oktober bis zum 28./29. Februar, auszuführen. In zwingenden Ausnahmefällen kann von der vorgegebenen Frist abgewichen werden, wenn durch fachkundige Begutachtung sichergestellt wird, dass kein Gelege von den Arbeiten betroffen ist. Eine Ausnahmegenehmigung ist dann von der Unteren Naturschutzbehörde einzuholen.

Begründung:

Tiere: Vermeidung der Beeinträchtigung von brütenden Vögeln und Zerstörung von Brutplätzen / Gelegen. Vermeidung von Verbotstatbeständen (§ 44 BNatSchG).

Festsetzung: Hinweis im Bebauungsplan i. V. m. § 39 und 44 BNatSchG (Artenschutz)

V 2 Fachgerechter Umgang mit Gefahrenstoffen und Abfall

Maßnahme

Durch sachgerechten und vorsichtigen Umgang entsprechend den anerkannten Regeln der Technik mit Öl-, Schmier- und Treibstoffen sowie regelmäßige Wartung der Baumaschinen sind jegliche Beeinträchtigungen des Grundwassers zu vermeiden. Handhabung von Gefahrenstoffen und Abfall nach einschlägigen Fachnormen.

Begründung

Wasser: Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen, Trinkwasser WSG Zone III

Festsetzung: Hinweis im Bebauungsplan

V 3 Erhalt der südlich gelegenen Gebüschfläche

Maßnahmen

Die an der südlich gelegenen Grenze des Geltungsbereichs befindliche Gebüschfläche ist gemäß Planzeichnung dauerhaft zu erhalten und während der Bauarbeiten vor Beschädigung zu schützen. Der Wurzelbereich ist vor Befahren zu schützen. Abgrabungen und Lagerungen von Materialien im Wurzelbereich sind nicht zulässig.

Begründung

Tiere : Erhalt von Habitatstrukturen für Vögel

Festsetzung: Hinweis im Bebauungsplan gem. § 9 (1) Nr. 25b BauG

6.2 Minimierungsmaßnahmen

M 1 Schutz des Oberbodens

Maßnahme:

Fachgerechter Abtrag und Wiederverwertung des Oberbodens im Plangebiet bzw. in möglichst unmittelbarer Umgebung (siehe § 12 BBodSchG). Lagerung des Oberbodens in Mieten von höchstens 2 m Höhe, bei Lagerung länger als einem halben Jahr ist eine fachgerechte Zwischenbegrünung einzusäen. Bei der Verwertung des humosen Bodenmaterials in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.

Begründung

Boden: Weitgehender Erhalt der Bodenfunktionen, Schutz vor Erosion und Verunkrautung, Sicherung der nicht wiederherstellbaren Ressource Oberboden

Festsetzung: Hinweis im Bebauungsplan

M 2 Verwendung offenporiger Beläge

Maßnahme:

Bodenversiegelungen sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Die Beläge für Garagenzufahrten, Stellplätze und Hofflächen sind als wasserdurchlässiger Belag auszuführen (z.B. wasser- gebundene Flächen, Schotterrasen, Rasenfugenpflaster, Dränpflaster).

Begründung:

Boden: Teilerhalt der Bodenfunktionen, teilweise Erhaltung der Versickerung des Niederschlagswassers, Reduktion des Oberflächenabflusses

Klima / Luft: Verringerung der thermischen Belastung durch Aufheizung

Festsetzung: § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

M 3 Verzicht auf Eindeckung der Dächer aus unbeschichtetem Metall

Maßnahme:

Die Dächer der geplanten Gebäude dürfen keine flächige Eindeckung von unbeschichtetem Metall (Kupfer, Zink, Titanzink, Blei) besitzen. Kunststoffbeschichtete Metalle sind als Dacheindeckung zulässig. Untergeordnete Bauteile (Dachrinnen, Verwahrungen, etc.) dürfen aus den beschriebenen Metallen bestehen.

Begründung:

Wasser: Vermeidung einer Beeinträchtigung des Grundwassers (WSG Zone III). Dachabdeckungen aus unbeschichtetem Metall erhöhen den Gehalt an Schwermetallen im Dachabfluss. Um eine Beeinträchtigung des Grund- und Oberflächenwassers zu vermeiden, ist auf Dacheindeckungen mit den vorgenannten Materialien zu verzichten. Für abflusswirksame Flächen wird empfohlen, Materialien zu wählen die einen nachhaltigen Stoffaustrag und Akkumulation im Boden begrenzen.

Festsetzung: § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

M 4 Pflanzung von Bäumen

Maßnahme

Pro angefangener 500 m² Grundstücksfläche ist mind. ein standortgerechter mittelkroniger Laub- oder Hochstamm-Obstbaum zu pflanzen. Pflanzvorschläge siehe Pflanzliste in Anhang II. Die genaue Lage ist in der Örtlichkeit festzulegen. Erhaltene Bestandsbäume werden angerechnet.

Pflanzqualität: Hochstamm 3xv m.B., StU 14–16 cm (bzw. Obst-Hochstamm 2xv oB, StU 12–14 cm). Die Bäume sind mind. mittels Zweipflock zu befestigen, fachgerecht zu pflegen und bei Ausfall gleichwertig zu ersetzen.

Begründung:

Landschaft:	Eingrünung der Gebäude, Durchgrünung des Wohngebiets
Pflanzen / Tiere	Erhalt von Grünstrukturen als Brut- und Nahrungshabitat für Vögel
Klima / Luft	Klimatische Ausgleichsfunktion, Staubfilter, Beschattung
<u>Festsetzung:</u>	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

M 5 Begrünung von Flachdächern

Die Dächern von Garagen, Carports und weiteren Nebengebäuden sind, auch unter Photovoltaikanlagen, flächendeckend mindestens extensiv (Schichtdicke mind. 10 cm) zu begrünen und dauerhaft zu pflegen.

Gleiches gilt für flach geneigte Hausdächer (mit max. 10° Dachneigung), auch unter Photovoltaikanlagen.

Begründung:

Boden:	Teilerhalt der Bodenfunktionen durch Rückhaltung des Niederschlagswassers, Produktion von Biomasse
Mensch / Landschaft:	Einbindung in das Landschaftsbild, ansprechende Gestaltung, verbesserte Schall- und Temperaturdämmung der Gebäude
Pflanzen / Tiere:	Lebens- und Rückzugsraum für Tiere und Pflanzen, Trittsteinbiotop für Arten der Trocken- und Halbtrockenrasen, Nahrungshabitat für Vögel und Bienen
Klima / Luft:	Klimaanpassung: Verbesserung des Mikroklimas durch Minimierung der thermischen Aufheizung, Verbesserung der Transpiration Klimaschutz: Reduzierung von Heizenergiebedarf / Kühlung (CO ₂) durch Dämmwirkung Luftygiene: Schadstoff- und Staubfilterung
Wasser:	Rückhaltung von Niederschlagswasser, Rückführung in den natürlichen Wasserkreislauf durch Verdunstung, Verringerung und Verzögerung des Oberflächenabflusses (insbesondere bei Starkregenereignissen), Entlastung der Kanalisation
<u>Festsetzung:</u>	Hinweis im Bebauungsplan

M 6 Dezentrale Versickerung von unbelasteten NiederschlagswässernMaßnahme:

Die Weiterverwendung von Regenwasser oder dessen Rückführung in den natürlichen Wasserkreislauf ist anzustreben. Möglichkeiten zur Reduzierung der Abflussmengen auf den Grundstücken sind die Rückhaltung und Versickerung vor Ort. Geeignete Maßnahmen sind u. a. auch Zisternen zur Brauchwassernutzung und Gartenbewässerung.

Begründung:

Wasser: Erhalt der natürlichen Grundwasserneubildung im Gebiet. Gemäß § 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) soll Niederschlagswasser ortsnahe versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Dies verringert die Überflutungsgefahr bei Starkregenereignissen.

Festsetzung: Hinweis im Bebauungsplan

M 7 Reduktion von Lichtemissionen

Die Beleuchtung ist auf das für die Sicherheit absolut notwendige Mindestmaß zu reduzieren. Für die öffentliche und private Außenbeleuchtung sind umwelt- und insektenschonende, dimmbare Leuchtmittel (z.B. Warmlicht-LED-Leuchten <3.000 K) in nach unten strahlenden Lampenträgern zu verwenden. Die Leuchtkörper sind vollständig eingekoffert, der Lichtpunkt befindet sich im Gehäuse. Die Beleuchtungsintensität ist zwischen 23.00 Uhr und 5.00 Uhr zu reduzieren (z.B. Verwendung von Bewegungsmeldern).

Begründung:

Tiere: Minimierung der Verluste von nachtaktiven Insekten durch Flug zu den Lichtquellen, Minimierung der Beeinträchtigung von Fledermäusen.

Festsetzung: § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB, bzw. Hinweis im Bebauungsplan (Beleuchtungsdauer)

M 8 Gestaltung der unbebauten GrundstücksflächenMaßnahme

Die unversiegelten Grundstücksflächen sind als Vegetations- und Grünflächen anzulegen und zu unterhalten. Die Anlage von monotonen, flächigen Steingärten durch die Ausbringung von Schotter, Kies, Steinen, Findlingen, Glassteinen oder sonstigen Materialschüttungen stellt eine Versiegelung dar und ist unzulässig.

Bei Gehölzpflanzungen in den Hausgärten sind gebietsheimsiche Arten zu bevorzugen, auf die Pflanzung von Nadegehölzen, insb. Thuja sollte verzichtet werden. Artenreiche Wieseneinsaaten sind gegenüber Zierrasen zu bevorzugen.

Begründung:

Mensch / Landschaft:	ansprechende Gestaltung des Ortsbildes
Pflanzen / Tiere:	Lebens- und Rückzugsraum für Tiere und Pflanzen, Nahrungshabitat insbesondere für Vögel und Insekten
Klima / Luft:	Verbesserung des Mikroklimas durch Minimierung der thermischen Aufheizung, Verbesserung der Transpiration,
Wasser:	Rückhaltung von Niederschlagswasser, Rückführung in den natürlichen Wasserkreislauf durch Verdunstung, Verringerung und Verzögerung des Oberflächenabflusses, Entlastung der Kanalisation
<u>Festsetzung:</u>	§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO i.V. mit §21a NatschG BW

M 9 Bauliche Vermeidung von Transparenzsituationen und von großflächig spiegelnden Glasscheiben

Maßnahme

Bauliche Vermeidung von Transparenzsituationen, bei denen Vögel durch Glasscheiben hindurch attraktive Ziele sehen können und beim Anflugversuch mit den Scheiben kollidieren (z.B. gläserne Verbindungsgänge, „über-Eck“-Situationen mit Durchsicht, Schallschutzwände, Glaspavillons). Bauliche Vermeidung von großflächig spiegelnden Glasscheiben. Sofern solche Flächen baulich nicht vermieden werden können, sind spiegelungsarme Scheiben, insbesondere aber eine geeignete Strukturierung der Scheiben zur Risikoreduzierung geeignet. Siehe Informationsbroschüre der Schweizer Vogelwarte Sempach für detaillierte Informationen (<http://www.vogelglas.info/>). (Schweizer Vogelwarte/ Schmid, H., Doppler, W., Heynen, D. & Rössler, M. (2012): Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht. 2. Überarbeitete Auflage. Sempach). Dort sind u. a. folgende Punkte zur Minderung von Spiegelungs- oder Transparenzsituationen genannt:

- mit Sprossen unterteilte Fenster, Oberlichter statt seitliche Fenster
- möglichst reflexionsarmes Glas (Reflexionsgrad max. 15%)
- Milchglas, Kathedralglas, Glasbausteine, Stegplatten
- geripptes, geriffeltes, mattiertes, sandgestrahltes, geätztes, eingefärbtes, bedrucktes Glas (Punktraster, Bedeckung mind. 25%)
- andere undurchsichtige Materialien
-
- Glasflächen neigen statt im rechten Winkel anbringen

Begründung

Tiere: Minimierung des Tötungsrisikos für Vögel. Das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) schützt wild lebende Tiere u.a. davor, verletzt oder getötet zu werden. Dieser Schutz ist insbesondere in § 44 Abs. 1 Ziff. 1 BNatSchG geregelt. Demnach ist es verboten, wild lebende Tiere der besonders geschützten Arten (hierunter fallen z.B. alle europäischen Vogelarten) zu verletzen oder zu töten.

Festsetzung: Hinweis im Bebauungsplan

M 10 Kleintierfreundliche Einzäunungen

Maßnahme

Sockelmauern sind nicht zulässig. Zäune und sonstige Barrieren sollten mindestens 10 cm über dem Boden frei enden.

Begründung:

Tiere: Erhalt der Durchgängigkeit des Gebietes für Amphibien und Kleinsäuger (z.B. Igel, Erdkröten).

Festsetzung: § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

M 11 Anbringen von Nisthilfen für Vögel

Maßnahme

Pro Baugrundstück sind mind. 2 Nisthilfen für Nischen- oder Höhlenbrüter wie den Haussperling an Gebäuden bzw. Bäumen anzubringen. Die Anbringung erfolgt fachgerecht in einer Höhe von mind. 3 m, bevorzugt in Südostausrichtung.

Begründung:

Tiere: Schaffung von Brut- und Unterschlupfmöglichkeiten für höhlenbrütende Vogelarten

Festsetzung: § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

7. Artenschutzrechtliche Einschätzung nach § 44 BNatSchG

Methodik

Systematische faunistische Erhebungen wurden jahreszeitlich bedingt nicht durchgeführt. Am 27.01.2022 erfolgte eine Relevanzbegehung der Fläche. Die Bereiche des Bauvorhabens sowie die Umgebung wurden in Augenschein genommen und auf ihre artenschutzrechtliche Relevanz insbesondere für Vögel und Fledermäuse abgeprüft.

Bestand

Vögel

Potentielle Bruthabitate für Vögel finden sich in den vorhandenen randlichen Gehölzen (Strauch- und Heckenstrukturen). Die Gebüschvegetation wird lediglich randlich in geringer Fläche (wenige m²) beansprucht. Der Großteil der Gebüsche befindet sich auf der landwirtschaftlichen Hofstelle und bleibt erhalten. Gebüsche innerhalb des Geltungsbereichs werden als private Grünfläche mit Pflanzbindung ausgewiesen und bleiben ebenfalls unbeeinträchtigt.

Insgesamt wird durch die sowie nach Osten und Süden bestehende Wohnbebauung sowie die nordwestliche Baumreihe eine Kulissenwirkung erzeugt, so dass nicht mit Vergrämungen von Offenlandbrütern zu rechnen ist.

Insgesamt ist im Gebiet mit häufigeren, nicht in ihrem Bestand gefährdeten und störungsunempfindlichen Arten des Siedlungsbereichs zu rechnen.

Fledermäuse

Aufgrund der fehlenden Habitatausstattung des Vorhabengebiets (artenarmes Grünland, keine Baumreihen oder Einzelbäume) ist eine Nutzung als Nahrungs- und Jagdhabitat auszuschließen. Der Gehölzrand entlang des Landwirtschaftlichen Gehöftes bleibt als potenzielle Leitstrukturen erhalten.

Sonstige Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

Mit dem Vorkommen sonstiger Tierarten (Reptilien, Amphibien, Insekten) ist aufgrund der Habitatstrukturen und Nutzung der Fläche nicht zu rechnen.

Auswirkungen durch die Umsetzung des Vorhabens

Töten von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Vögel: Verstöße gegen das Tötungsverbot sind nicht zu erwarten, sofern Gehölzrodungen außerhalb der Vogelbrutzeit durchgeführt werden. Zur Minimierung des Tötungsrisikos von Vögeln durch Vogelschlag sind großflächig spiegelnde Glasscheiben zu vermeiden. Weiterhin ist anzunehmen, dass bei einer möglichen Betroffenheit in den angrenzenden Flächen Ersatzlebensräume gefunden und erschlossen werden können.

Fledermäuse: Verstöße gegen das Tötungsverbot sind nicht zu erwarten.

Lärm – akustische und optische Störungen (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Vögel: Bei den in der Umgebung zu erwartenden Arten handelt es sich um gegenüber akustischen und optischen Störungen wenig empfindliche Vogelarten, die Fläche ist durch die angrenzende Bebauung vorbelastet. Bau-, anlagen- oder betriebsbedingte Wirkungen sind daher nicht zu erwarten.

Fledermäuse: Die Beleuchtung im Gebiet ist auf ein für die Sicherheit notwendiges Mindestmaß zu reduzieren, um die angrenzende freie Landschaft nicht zu beeinträchtigen. Um Beeinträchtigungen nachtaktiver Insekten als Nahrungsgrundlage zu vermeiden, sind insektenschonende Leuchten und Lampenträger (vorzugsweise LED, Lichttemperatur <3000 K) zu verwenden. Die Lampen sind so zu wählen, dass sie das Licht bündeln und zielgerichtet auf den Boden lenken.

Flächeninanspruchnahme und Zerstörung von Fortpflanzungshabitaten, Ruhestätten, Jagdhabitaten und Leitlinien (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

Vögel: Durch Rodung von Gehölzen gehen geringfügig potentielle Bruthabitate verloren. Die potentiell vorkommenden siedlungstypischen und störungsunempfindlichen Vogelarten finden mittel- bis langfristig neue Lebens- und Nahrungshabitate in naturnah angelegten Hausgärten, insbesondere wenn zur unterstützenden Vorsorge zusätzliche Nisthilfen angebracht werden. Von einer erheblichen Beeinträchtigung lokaler Populationen dieser Arten ist, auch bei Wegfall einzelner Brutstätten nicht auszugehen.

Fledermäuse:

Das Plangebiet stellt kein bedeutsames Jagdhabitat für Fledermäuse dar. Potentielle Leitlinien bleiben erhalten.

Fazit Artenschutz

Aufgrund einer Relevanzbegehung erfolgte die Einschätzung der artenschutzrechtlichen Bedeutung der Fläche für Vögel und Fledermäuse. Innerhalb des Plangebietes ist bei Einhaltung der genannten Maßnahmen nicht mit erheblichen Beeinträchtigungen der lokalen Populationen von Vögeln oder Fledermäusen zu rechnen. Weitere streng geschützte Tierarten sind aufgrund der vorhandenen strukturarmen Habitatstrukturen auf der Fläche nicht zu erwarten.

Folgende Maßnahmen sind für die Artengruppen Vögel und Fledermäuse zwingend notwendig:

- Reduktion der Lichtemissionen
- Rodung von Gehölzen außerhalb der Vogelbrutzeit
- Anbringen von Nisthilfen

Folgende Maßnahmen werden weiter zur Minimierung der Auswirkungen empfohlen:

- Vermeidung großflächiger spiegelnder Glasscheiben
- Pflanzung von Bäumen

Bei Beachtung der angegebenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ist eine Verletzung oder Tötung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) nicht zu erwarten. Ebenso ergeben sich keine erheblichen Störungen (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG), da hierfür in Frage kommende störungsempfindliche Arten im

Plangebiet nicht zu erwarten sind. Es sind aufgrund der vorhandenen Habitatstrukturen keine Beschädigungen oder Zerstörungen von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) zu erwarten. Eine Barrierewirkung, Zerschneidung oder Zerstörung von bedeutsamen Jagdhabitaten und Leitstrukturen (§ 44 Abs.1 Nr.3 BNatSchG) ist ebenfalls nicht zu erwarten.

Es ist nicht zu erwarten, dass bei Umsetzung des Vorhabens die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG bzw. des Art. 12 FFH-RL und Art. 5 der Vogelschutzrichtlinie eintreten sofern die o.g. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Ein Ausnahmeverfahren gem. § 45 (8) BNatSchG ist nicht erforderlich.

8. Zusammenfassung

Die Gemeinde Ostrach beabsichtigt, einen Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB aufstellen, um zusätzliche Wohnbauflächen zu schaffen. Das Plangebiet mit einer Flächengröße von 0,88 ha liegt am nordwestlichen Ortsrand von Tafertsweiler (Landkreis Sigmaringen).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass von der Umsetzung des Bebauungsplanes **erhebliche Eingriffe** in den Naturhaushalt entstehen. Durch die zulässige Neuversiegelung von gesamt rd. 0,57 ha entstehen **erhebliche Eingriffe** in das Schutzgut Boden (Verlust von Bodenfunktion).

Eine **geringe bis mittlere Beeinträchtigung** von Pflanzen / Biotopen und Tieren entsteht durch den Wegfall von artenarmen Wiesenflächen. Eine geringe Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung und des Lokalklimas entsteht durch die Überbauung und Versiegelung.

Es sind keine erheblichen Beeinträchtigungen für Oberflächengewässer und den Menschen zu erwarten.

Es ist nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung von besonders oder streng geschützten Arten auszugehen.

Um Eingriffe zu vermeiden und zu minimieren, sind folgende Maßnahmen umzusetzen: Schutz des Oberbodens, Verwendung offenerporiger Beläge, Verzicht auf Eindeckung der Dächer aus unbeschichtetem Metall, Pflanzung von Bäumen, Begrünung von Flachdächern, Dezentrale Rückhaltung von unbelasteten Niederschlagswässern, Reduktion von Lichtemissionen, naturnahe Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen, Kleintierfreundliche Einzäunungen.

Auch nach Umsetzung und dauerhaftem Erhalt aller genannten Maßnahmen verbleiben **erhebliche negative Auswirkungen auf Natur und Landschaft, insbesondere auf Boden und Fläche**.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes nach § 13b BauGB muss trotz der erheblichen negativen Auswirkungen insbesondere auf die Schutzgüter Boden und Fläche rechtlich kein Ausgleich erfolgen.

Literatur und Quellen

Gemeinde Ostrach

Bebauungsplan „Weiherwies“ (fsp Stadtplanung 2022)

Flächennutzungsplan Ostrach (2013)

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) (Hrsg.):

Arten, Biotope, Landschaft – Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben, Bewerten (2018)

Gebietsheimische Gehölze in Baden-Württemberg. Fachdienst Naturschutz, Naturschutz-Praxis Landschaftspflege 1 (2002)

Naturräume Baden-Württembergs (2010)

Potenzielle natürliche Vegetation von Baden-Württemberg (2013)

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau:

Artenschutz in der Bauleitplanung und bei Bauvorhaben – Handlungsleitfaden für die am Planen und Bauen Beteiligten (2019)

Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg (2002)

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Monitoringbericht 2020 zur Anpassungsstrategie an den Klimawandel in Baden-Württemberg (2020)

KARTEN (digital abgerufen)

LGRB: Kartenviewer online (<https://maps.lgrb-bw.de/?lang=de>)

LUBW: Online Daten- und Kartendienst (<http://udo.lubw.baden-wuerttemberg.de>)

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Regierungspräsidien – Träger der Regionalplanung: Geoportal Raumordnung Baden-Württemberg: Topographische Karte, M 1:25.000

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben:

Regionalplan Fortschreibung, Satzungsbeschluss 2021, Klimaanalysekarte, Blatt Nord, M: 1:50.000, 2000

Anhang I Fotodokumentation (27.01.2022, Fotos 365°)



Blick nach Westen auf die Vorhabenfläche. Unten im Bild die bereits vorhandene Erschließung.



Erschließungsstraße zum geplanten Wohngebiet



Blick von Süden aus auf die Planfläche



Südliche bestehende Bebauung mit vorhandener Zuwegung



Rechts im Bild: Vorhandene Wohnbebauung.



Blick nach auf die nördlich anliegenden Freiflächen.

Fotodokumentation (17.08.2017, Fotos 365°)



Wiesenvegetation im August auf der Vorhabenfläche. Artenarme Ausprägung mit hohem Anteil an Löwenzahn



Blick von Osten aus auf die umliegenden Grünlandflächen.



Blick von Norden auf die vorhandene Bebauung von Tafertsweiler



Blick nach Norden. Rechts im Bild Gartenvegetation mit standortuntypischer Vegetation

Anhang II Pflanzliste

Pflanzliste I: Pflanzung von Laub- oder Obstbäumen

Laubbaumarten zur Pflanzung im Plangebiet. Qualität: hochstämmige Laubbäume 3xv m.B., StU 14–16 cm. Sie sind mind. mittels Zweipflock zu befestigen, fachgerecht zu pflegen und bei Ausfall gleichwertig zu ersetzen.

Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name (g=großkronig, m= mittelkronig)		
<i>Acer platanoides i.S.</i>	Spitz-Ahorn	g	(auch in Sorten z.B säulenförmig)
<i>Betula pendula</i>	Birke	m	
<i>Carpinus betulus i.S.</i>	Hainbuche	m	(auch in Sorten z.B säulenförmig)
<i>Juglans regia</i>	Walnuss	g	
<i>Prunus avium</i>	Vogelkirsche	m	
<i>Quercus robur i.S.</i>	Stiel-Eiche	g	(auch in Sorten z.B. säulenförmig)
<i>Sorbus aucuparia</i>	Eberesche	m	
<i>Tilia cordata i.S.</i>	Winterlinde	g	(auch in Sorten z.B. säulenförmig)

Hochstamm-Obstbäumen in regionaltypischen Sorten

Alternativ: Hochstamm-Obstbäume in regionaltypischen Sorten; Qualität: Hochstamm 2xv oB., StU 12–14 cm. Sie sind mind. mittels Zweipflock zu befestigen, mit Wühlmausschutz zu versehen sowie dauerhaft und fachgerecht zu pflegen und bei Ausfall gleichwertig zu ersetzen.

Äpfel	
Alkmene	Berner Rosenapfel
Biesterfelder Renette	Brettacher
Ernst Bosch	Französische Goldrenette
Geflammtter Kardinal	Gelber Edelapfel
Goldparmäne	Himbeerapfel aus Holowaus
Jacob Fischer	Kaiser Wilhelm
Korbiansapfel	Krügers Dickstiel
Mutterapfel	Ontario
Prinz Albrecht	Wealthy
Wiltshire	Zuccalmaglio

Birnen	
Köstliche von Charneux	Doppelte Philippsbirne
Österreichische Weinbirne	Prinzessin Marianne
Frühe von Trevoux	Vereinsdechantsbirne
Gaishirtle	Schweizer Wasserbirne
Sülibirne	
Kirschen	
Hedelfinger	Sam
Brennkirsche Schwarzer Schüttler	
Zwetschgen	
Hauszwetschge Typ Gunzer	Hauszwetschge Typ Schüfer
Quitte	
<i>Cydonia oblonga</i>	Quitte, Halb- bis Hochstamm